



Diskutierten mit den Bundestagsabgeordneten: (vorne v. li.) Annasophie Bothe, Mara Fuchs, Laura Blech, (hinten v. li) Ela Dölemeyer, Aylin Afacan, Dennis Noll, Volker Uhle (stellvertretender Schulleiter Heilerziehungspflege), Christel Meyners (Schulleiterin Heilerziehungspflege) und Silke Watzke (Institutsleiterin).

FOTO: LAURA NOWAK

„Für einen Beruf zu bezahlen, ist unsexy“

Wie Bundestagsabgeordneter Roy Kühne Heilerziehungsauszubildenden zum Protest rät

Von Laura Nowak

DELMENHORST Zwei Jobs, die Arbeit in ihrer Ausbildungsstelle und der Schulunterricht: Wenn Laura Blech ihre Arbeitszeit zusammenzählt, kommt sie auf eine 57-Stunden-Woche. Dabei geht es vor allem darum, Geld für ihre Ausbildung und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Denn ein Gehalt bekommt die Heilerziehungspflege-Schülerin während ihrer Ausbildung nicht, da diese schulisch ist. Im Gegenteil: Für ihre Ausbildung zahlt sie dem Institut für Weiterbildung in der Kranken- & Altenpflege (IWK) 144 Euro pro Monat. Um das Schulgeld und die fehlende Aufmerksamkeit für den Beruf drehte sich auch die Skype-Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch und Roy Kühne (beide CDU), die die angehenden Heilerziehungspfleger am

Dienstag führten.

Blech arbeitet derzeit in einer Grundschule und betreut dort Kinder mit geistiger Beeinträchtigung. Denn Heilerziehungspfleger können in Schulen genauso arbeiten wie in Familien oder Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderungen. Vor allem geht es laut Blechs Mitschülerin Annasophie Bothe bei dem Beruf um die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen: „Wir helfen ihnen, damit sie an der Gesellschaft teilhaben können.“

Roy Kühne, der Mitglied im Ausschuss für Gesundheit ist, konnte die Belastung der Auszubildenden nachvollziehen. „Bevor wir über die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie reden, müssen wir erst einmal über die Vereinbarkeit von Ausbildung und Beruf reden.“ Er sah eine Schwierigkeit darin, dass viele Menschen sich unter dem Beruf des Heiler-

ziehungspflegers nichts vorstellen können. Die Verantwortung für die schulgeldfreie Ausbildung der Heilerziehungspfleger wies er allerdings zurück: „Das ist Ländersache“, sagte Kühne. Die Gespräche mit Ministern des Niedersächsischen Landtages würden aber bereits seit zwei Jahren laufen.

Kühnes Lösungsvorschläge für mehr Aufmerksamkeit waren Online-Petitionen, selbst gedrehte Videos, ein Brief an die niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann oder eine Führung der Politiker durch die Schule. „Laden Sie Leute ein, besuchen Sie Carola Reimann. Irgendeiner muss sagen: Das machen wir“, forderte Kühne die Schulleiter und Schüler des IWK auf. Astrid Grotelüsch versprach, das IWK dabei zu unterstützen. „Wenn wir etwas organisieren wollen, bin ich dabei“, sagte die CDU-Politikerin. Auch das Skype-Gespräch

find auf ihre Initiative hin statt.

Außerdem seien Gespräche mit den Ausbildungsbetrieben sinnvoll, um zu prüfen, ob diese sich am Schulgeld beteiligen würden, so Kühne. Viele Betriebe unterstützen die Auszubildenden laut Heilerziehungspflege-Schulleiterin Christel Meyners bereits, sei es in Form eines Nebenjobs oder Zuschusses zum Schulgeld.

Meyners sah ein zusätzliches Problem darin, dass Pfleger und Erzieher in ihrer Ausbildung unterstützt werden, Heilerziehungspfleger aber nicht. „Dann überlege ich mir, ob ich es mir leisten kann, Heilerziehungspfleger zu werden“, so die Schulleiterin. Kühne konnte das nachvollziehen. Er sagte: „Es ist völlig unsexy, einen Beruf zu lernen, für den man bezahlen muss.“ Außerdem sei es schwierig, dass sich von Protesten der Heilerziehungspfleger so wenig Men-

schen betroffen fühlen, so Meyners. Bei Protesten von Kindergartenerziehern oder Altenpflegern sei das anders. Diese hätten stärkere Auswirkungen auf das alltägliche Leben vieler Menschen.

Das Fazit der Schülerinnen und Schüler war nach dem Gespräch positiv, obwohl sich Kühne ihrer Meinung nach in Sachen Schulgeld sehr zurücknahm. Dass sie aktiv werden sollen, fanden sie nachvollziehbar. „Wir selbst können das viel besser vermitteln als Politiker, weil wir in dem Beruf arbeiten“, sagte Annasophie Bothe. Die Auszubildenden würden sich gerne für eine Verbesserung ihrer Situation einsetzen. „Wir hätten bestimmt viele Ideen“, sagte Bothe. Doch während der Ausbildung bleibe wenig Zeit dafür. Gemeinsam überlegten die Schüler und Schulleiter, wie sich das Engagement in die Ausbildung integrieren lassen könnte.